

Mitteldeutsche Nationalzeitung

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang

Die Mitteldeutsche Nationalzeitung erscheint täglich (außer Sonntagen) mit 10 bis 12 Seiten. Abende- und Morgenblätter sind separat zu bestellen. Infolge des hohen Preises der Druckfarben sind die Abendeblätter nicht separat zu bestellen.

Freitag, 13. Januar 1933

Berlin, Schriftleitung, Abonnements- und Einzelpreise usw. Anzeigen, Fernruf siehe Seite 6 unter dem Anrufnummern. — Ungeforderte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt.

Nummer 11

Umbildung der Reichsregierung? Reichstagsauflösung als Druckmittel vorgesehen

Schleicher will seinen Laden renovieren

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Jan. Die außerordentliche Auflösung der innerpolitischen Lage dürfte selbst einem Mann, wie Herrn von Schleicher, der sich sonst immer für unüberwindlich hält, gezeigt haben, daß seine Position alles andere als gefestigt ist. Herr von Schleicher ist aber weit davon entfernt, einzusehen, daß die einzige Möglichkeit zur Lösung der schweren deutschen Krise in seinem Rücktritt und endgültigen Verzicht auf den politischen Führungsamt und von dem Mann hinter der politischen Willkür ist.

Aus Kreisen, die Herrn von Schleicher außerordentlich nahe stehen, erfährt man, daß Herr von Schleicher glaubt, durch eine vollständige Umbildung seines Kabinetts seine Machtposition erhalten zu können.

Bei Harter Gelegenheit der gegebenen Tatsachen sollte Herr von Schleicher allerdings einsehen, daß solche Maßnahmen in der heutigen Zeit nicht mehr durchführbar sind. Das augenblickliche Kabinett ist doch schon einmal umgestürzt und dieses Kabinett hat doch gerade der Weisheit erbracht, daß durch Umbildung, also andere Veränderung eines Kabinetts bei gleichbleibender politischer Tendenz dem Versuchung nicht zu begegnen ist.

Diese Herren von Schleicher nachsehenden Kreise wollen nun über die Pläne ihres Herrn und Meisters folgendes wissen: Schleicher wird sich bemühen, den Nationalsozialismus für seine Politik zu gewinnen. Die Nationalsozialisten sollen ihre Zustimmung zu einer Verlängerung des Reichstages und seiner Auflösung geben. Falls dieser Plan mißlingt, würde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Am Falle von Neuwahlen glaubt man, den Nationalsozialismus spalten und damit in seiner Kampfkraft schwächen zu können. Mit Hilfe einer durch Neuwahlen erklärten kommunistischen Partei hofft man dann eine Situation zu schaffen, die ein Weiterhinübernehmen des Herrn von Schleicher begünstigt. Weiter wird allen Enkel der Gebirgs erörtert, das Wirtschafts- und Ernährungsministerium zusammenzuführen und dem deutschen nationalen Parteiführer Hugenberg zu übertragen. Für das Arbeitsministerium will man Tregowald zum Zentrum gewinnen, während man für den Posten eines Reichsministers hofft, einen Nationalsozialisten zu gewinnen.

Das ist in großen Zügen die politische Linie, auf der sich nach der Meinung seiner Freunde weiter bewegen wird. Es ist unnötig, zu betonen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Herr von Schleicher wird nicht dazu kommen, sein Kabinett umzuwerfen und er darf nicht dazu kommen, denn eine weitere Kabinettsreform des Herrn von Schleicher ist für Deutschland verhängnisvoll. Wenn die Umgestaltung des Reichstages wird sich die Situation vielleicht schon so geändert haben, daß es schon dann sein Kabinett von Schleicher mehr gibt.

Von dem Reichspräsidenten aber erwarten wir, daß er, erneut vor eine sozialistische Entscheidung gestellt, die Entscheidung treffen wird, die er im Interesse Deutschlands schon längst hätte fassen müssen.

Kapitalismus gegen Nährstand

Eine Erklärung des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“

Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ hofft, aus dem Konflikt zwischen Reichsland und Reichsregierung ansehend einigen Nutzen zu ziehen. In einer Kundgebung, die er am 12. Januar der Öffentlichkeit übertrug, heißt es u. a.:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie“ nimmt mit größter Empörung von den unerhörten und die Ehre des Reichs verachtenden Vorgehens der Reichsregierung ansehend einige Nutzen zu ziehen. In einer Kundgebung, die er am 12. Januar der Öffentlichkeit übertrug, heißt es u. a.:

fönnen. Das Vergehen des Vorstandes des Reichslandverbundes ist umso unerhörlicher, als ihm bekannt ist, daß sich die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlich persönlicher Führungsaufnahme um praktische auf das Gemeinwohl abgetestete Lösungen bemüht hat —

Damit dürfte wieder einmal der Hintergrund des Kabinetts Schleicher treffend bezeichnet sein: Industrie und Völk, die noch immer nicht zugeben wollen, daß der Nährstand, die Landwirtschaft, allein die Verantwortung für ein gesundes Volk zu tragen hat. Zugleich ist damit bewiesen, wie recht Adolf Hitler handelte, als er eine Beteiligung an einer von solchen Interessengruppen gestifteten Regierung ablehnte.

Notverordnung steht bevor!

Berlin, 12. Jan. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichsminister und den Reichsminister der Justiz zum Vortrag. Gegenstand des Vortrages dürfte die Vorbereitung über den Vollstreckungsschutz gewesen sein.

Dazu will die Telegraphen-Union wissen, daß eine neue Sitzung des Reichstages für nächsten Montag vorgesehen ist, in der die Notverordnung über den Vollstreckungsschutz verabschiedet werden wird. Die Notverordnung dürfte am Dienstag oder Mittwoch veröffentlicht werden.

Notverordnungs-system auch in Frankreich?

Sparr- und Steuerpläne des französischen Kabinetts

Die Presse hat bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß auch das im Golde schimmende Frankreich allmählich die Folgen seiner Reparationspolitik zu spüren bekommt. Um vor allen Dingen sein imperialistisches Programm künftighin weiter aufrecht erhalten zu können, plant daher, wie aus höherer Quelle mitgeteilt wird, die französische Regierung eine Reihe von Sparmaßnahmen durch die man den französischen Haushalt um rund 10 Milliarden Francen einsparen zu gestalten hofft. Die Maßnahmen, die Notwendigkeiten aufzulegen, eines Pläne des französischen Finanzministers Chéron entsprechen, sehen vor allen Dingen:

Mit anderen Worten: Frankreich hat von seinem fremdbildigen Nachbar Dr. Brüning das System der Notverordnungen gut abgesehen. Wir wünschen darum der französischen Regierung auch das gleiche Glück, das daraus der Regierung Brüning erblickte.

Nur wenige Tage Landtag

Berlin, 13. Jan. Wie wir erfahren, dürfte die am Dienstag kommende Woche beginnende Sitzungsperiode des Preussischen Landtages nur bis Freitag dauern. Man rechnet dann in parlamentarischen Kreisen mit einer erneuten Vertagung des Parlamentes bis Mitte Februar.

Das Echo im Auslande

Paris, 12. Jan. Im Gegensatz zu dem von gewissen französischen Blättern vertretenen Auffassung, daß die Ernennung deutscher Militärattachés in die Hauptstädte europäischer Länder mit dem Vertrag von Versailles angeblich im Widerspruch stünde, wird aus ausländischer französischer Quelle erklärt, daß auch dem Verfall der Vertrag eine Entsendung von deutschen Militärattachés wohl möglich sei.

Autoritärer Liberalismus

Dr. Tr. Das politische Leben Deutschlands im Jahre 1932 war gekennzeichnet durch die Verdrängung der liberalistischen Spielregeln, d. h. durch die Verfestigung des Parlamentarismus. Man entwickelte die Lehre vom autoritären Staat, verdrängte sie in die Praxis umzusetzen, ohne daß man sich allerdings bemüht wurde, daß auch eine autoritäre Regierungsform nicht allein auf den neutralen Gehalten des Staates, d. h. vor allem auf den Bonnetten der Arme ruhen dürfe. So blieb, da die politische Basis fehlte, zwar ein ungewisses Werden parlamentarischer und autoritärer Regierungsform; immerhin zeigte sich aber ein unüberlebbarer Zug zur Abschaffung des Parlamentarismus. Damit hatte der politische Liberalismus seinen Todesstoß bekommen. Demgegenüber blieb das wirtschaftliche Leben beherrschend von dem rein liberalistischen Gedankengängen der Vergangenheit. Da man nun den eigentlichen Markt für den Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen, nämlich das Parlament, weitgehend ausgeschaltet hatte, gelangte man zu einer „autoritären“ Durchführung der liberalistischen Grundzüge. An diesem inneren Widerspruch mußte Brüning scheitern und Herr von Papen zugrunde gehen, an ihm trank nun auch das Kabinett von Schleicher.

Die Übernahme der entscheidenden Ministerien aus dem Kabinett des Fremden gewählteste die Fortsetzung einer Politik, die in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Krämpfe feiern durfte, die aber unter den heutigen Umständen zu einer Katastrophe führen muß. Herr von Schleicher verstand es gar nicht, durch seine „Verordnungen“ alle flaggenden Wirtschaftskrisen mit dem Hinweis auf die erschöpften Verordnungen des Kabinetts zu verdrängen. Da nun aber die Lage des bedeutendsten Wirtschaftszweiges neben der Industrie, nämlich der Landwirtschaft, sich rapide verschlechterte, trat auf Gut unter dem Hammer kam, Markt auf Markt von einem überhöhten Preisstand zerrüttet wurde, konnte man ohne Schmiergeld den Augenblick voraussehen, an dem es zu einem Konflikt der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen mit der Reichsregierung kommen mußte. Die sich in den letzten Wochen häufenden Notrufe hätten die Reichsregierung wohl veranlassen müssen, einen klar und deutlich ihre agrarpolitischen Ziele zu veröffentlichen. Dies ist nicht geschehen.

So sah sich denn der Reichs-Landbau gezwungen, nach Überwindung der Widerstände einer gewissen Ministerialbürokratie einen Vortrag beim Reichspräsidenten zu erbringen. Die feste Verbindung mit der Verbindung die Gefährdungen der Reichs-Landbauvertreter entgegenzunehmen hat und die Anberaumung einer amtlichen Verhandlung am gleichen Tage unter Hinweisung der verantwortlichen Minister Sitzung zum Ausdruck, daß Herr von Hindenburg über die wahre Sachlage nicht unterrichtet gewesen ist. Man hätte annehmen dürfen, daß das Reichspräsident, nachdem seine Stellung bereits stark erschüttert worden war, alles daran gesetzt hätte, einen Konflikt mit dem deutschen Reichslande zu vermeiden. Aber mit derselben Eleganz, mit der einst Herr von Papen seine Außenpolitik unterband, hat Herr von Schleicher die breite Agrar-

front attackiert. Es steht unseres Wissens im politischen Leben der letzten Jahrzehnte einzig da, daß eine deutliche Meinung sich wehrt, mit ein in der wichtigsten Berufs-Gruppe zu verhandeln. Gerade die Landwirte sind der letzte Anhalt der Erklärung der Reichsregierung, nach einer mittelbaren Einigung über die für die Landwirtschaft notwendigen Maßnahmen bereits erzielt worden wäre. Uns ist jedenfalls eine solche Einigung nicht bekannt geworden; auch die in die Adresse des Herrn von Schleicher gerichteten Erklärungen der landwirtschaftlichen Organisationen haben dies in keiner Weise hingelassen. Wenn sich nun die Reichsregierung darüber beschwert, daß der Reichs-Landbund sich ungenügend der Verhandlungen beim Reichspräsidenten an die Öffentlichkeit gemahnt hat, so muß dem entgegengehalten werden, daß einmal der Hindenburg die gleichen Erklärungen abgegeben worden sind, und daß zum anderen die darin enthaltenen Stellungnahmen sich dem Inhalt aller übrigen Entscheidungen der Landwirtschaft anpassen. Es wurde nachgerade außer dem Reich, daß die Öffentlichkeit über die Vorgänge in Berlin des nächsten unterrichtet wurde. Wenn sich die Reichsregierung im Reich fürchte, so hätte sie sich jedenfalls den Abdruck der diplomatischen Beziehungen nicht zu leisten brauchen.

Man hat Herrn von Schleicher einen General genannt, der sich besonders um den sozialen Ausgleich bemüht. Heute müssen wir feststellen, daß sein Kabinett es fertig gebracht hat, in den wenigen Wochen seiner Regierungstätigkeit die zwei wichtigsten Wirtschaftszweige gegeneinander zu hegen. Denn schon liegt die Gegenüberstellung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der sich natürlich in schärfster Front gegen die Leitung des Reichs-Landbundes wendet. Wie bei einer derartigen Verschärfung der den Staat tragenden Kräfte ein Wirtschaftsprogramm der Arbeit durchgeführt werden soll, bleibt unverständlich. Man wird sich außerdem langsam daran gewöhnen müssen, daß sich heute die Vertreter der einzelnen Berufsgruppen nach den Erfahrungen mit einer Anzahl von Vereinigungen nicht mehr mit leeren Versprechungen abheben lassen. Was nicht dem schleswig-holsteinischen Bauern, der vor der Verteilung von seinem Hof steht die Mitteilung von zukünftiger Stelle, daß die Reichsregierung von der autonomen Bewirtschaftung der Hölle in dem Maß Gebrauch machen will, in dem es den Notwendigkeiten der Landwirtschaft entspricht.

Dies ist also das Ergebnis des Drängens nach einer autoritären Regierungsform einerseits und der kämpfbarsten Fortsetzung einer liberalistischen Wirtschaftspolitik andererseits. Man sollte doch endlich erkennen, daß jede Regierungsform ihre entsprechende Wirtschaftsauffassung hat. Doch nun aber das politische Leben Deutschlands heute anderen Geleisen geführt als in den ersten Nachkriegsjahren, dürfte wohl weiten Kreisen bekannt geworden sein. Allerdings bis in die Regierungskreise ist diese Erkenntnis nicht gekommen, was durch die Ausführungen des Dr. Wormald in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für den Reichs-Landbund wieder bewiesen worden ist. Der Reichswirtschaftsminister hat in seiner dort gehaltenen Hochschulvorlesung den Widerspruch der Weltwirtschaft propagiert und sich als derjenige erwiesen, der die eigentlichen Klänge dieses bis zur Unkenntlichkeit verflummelt hat. Es ist nur allzu verständlich, daß der Vertreter einer liberalen Wirtschaftstheorie sich niemals zu der notwendigen organischen Wirtschaftsentwicklung hinwenden und der Deutschland vorurteilen lassen wird, als daß er die Hoffnung auf wieder belebende weltwirtschaftliche Einflüsse aufgibt.

Es ist bis zur Stunde noch nicht zu übersehen, wie dieser unhaltbare Zustand beseitigt werden wird. Jedenfalls ist der Bruch des Kabinetts Schleicher mit der Landwirtschaft als das Ergebnis des autoritären Liberalismus ein schwerer Schlag gegen seine Existenz, von dem es sich nicht erholen dürfte.

In 2 Monaten 57 v. H. gewonnen

Braunschweig, 13. Januar (Eigener Drahtbericht). Ein glänzender Beweis dafür, daß die NSDAP, in den von ihr regierten Ländern in merklichem Tempo ihren Vormarsch fortsetzt, erbrachte die Wahl des Bürgermeisters in Gernrode. Der nationalsozialistische Kandidat Varteris wurde mit 494 Stimmen von insgesamt 677 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Die nationalsozialistischen Stimmen haben sich seit der letzten Reichstagswahl vom 6. November um 87 v. H. vermehrt. Der nationalsozialistische Kandidat erhielt 180 Stimmen, während die SPD, am 6. November 88 Stimmen auf ihre Liste vereinigen konnte. Die SPD, ging von 68 auf 48 Stimmen zurück, während die Bürgerlichen, die am 6. November 64 Stimmen erhalten hatten, es gar nicht mehr wagten, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Rotes Verbrechertum am Werk

Kommunistische Ausschreitungen in Berlin . . .

(Eigene Meldung.) Berlin, 13. Jan. Vor dem Hauptportal des Städtischen Krankenhauses am Friedrichshain kam es gestern wiederum zu schweren kommunistischen Ausschreitungen. Nationalsozialisten, die ihre im Krankenhaus liegenden schwerverletzten Kameraden besuchen wollten, wurden am Portal des Krankenhauses von einer harten kommunistischen Lebermacht angefallen und zum Teil nicht unerheblich verletzt. Die Polizei, die auf Anforderung des Krankenhauses in kurzer Zeit mit mehreren Leberfällern anrückte, nahm bezeichnenderweise keinen der kommunistischen Angreifer, sondern jenen Nationalsozialisten in Haft.

In der Nacht zum Donnerstag kam es in anderen Stadtteilen ebenfalls zu hitematisch organisierten Leberfällen auf Nationalsozialisten. In mehreren Fällen wurden alleinsehbende NS-Männer von kommunistischen Angreifern mit allen möglichen Stieb- und Schlagwerkzeugen bearbeitet.

In keinem Falle ist es der Polizei gelungen, einen der Täter zu fassen. Ferner wurden aus einem Buttergeschäft in der Dunderstraße Lebensmittel im Werte von 100 M. gestohlen. Einer der Täter konnte festgenommen werden. In der Neuen Poststraße wurden aus einer Lebensmittelhandlung Würstchen und Käse im Werte von 50 M. gestohlen. Die Täter konnten unerkannt entkommen.

. . . und in Hamburg

Hamburg, 13. Jan. (Eigener Drahtbericht). Die SPD, veranlaßte in Heide in Schleswig-Holstein einen Umzug, zu dem sie aus Hamburg, Altona und Kiel ihre Zwergruppen auf Aufzügen herbeischickte. Die roten Banden terrorisierten die Bauern in der unerschütterlichen Weise. Die Polizei konnte sich den roten Banditen gegenüber nicht durchsetzen. Ein SA-Mann wurde in Stelle von einer großen kommunistischen Lebermacht angefallen und durch Missetat in den Rücken schwer verletzt. In bedenklichem Zustande mußte der SA-Mann ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Die Bauern nehmen den Kampf auf

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 13. Jan. Der von Herrn von Schleicher zum Bau gebrachte Streit mit den deutschen Bauern hat am gestrigen Tage noch weitere Folgen gehabt. Die berufswirtschaftliche Organisation des deutschen Bauern, der Reichs-Landbund, hat in nicht mißzuverstehender Weise auf die unrichtigen Behauptungen der Reichsregierung geantwortet und den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck gebracht, den Kampf um die Geltung der Lebensgrundlage des deutschen Volkes weiterzuführen.

Wie wir aus zuverlässigsten Kreisen erfahren, hat das Präsidium des Reichs-Landbundes an den Reichspräsidenten von Hindenburg einen herzlich gehaltenen Brief geschrieben, der dem Reichspräsidenten Donnerstag Nachmittag zugeleitet wurde. In diesem Brief gibt das Präsidium des Reichs-Landbundes seinen Gernungslust darüber Ausdruck, daß der Reichspräsident für die Wille und Leben der deutschen Bauern Verständnis gezeigt habe. In dem Brief wird die Politik der Regierung von Schleicher als für das gesamte deutsche Volk verhängnisvoll gebrandmarkt und besonders die merkwürdige Rolle des Kabinetts am Mittwoch festgenommen. Um eine einseitige Informationspolitik des Reichspräsidenten durch das Kabinett zu verhindern, ist, wie wir hören, in diesem Brief nochmals der genaue Vorgang der ganzen Geschichte geschildert und aus dieser Schilderung ergibt sich eindeutig, daß die Erklärung des Kabinetts gegen den Reichs-Landbund sachlich unstatthaft ist.

Herr von Schleicher scheint sich darüber klar geworden zu sein, daß die Kampfanlage an das deutsche Bauernrat für sein Kabinett nicht gerade günstige Folgen haben wird. In der üblichen Art und Weise verläßt Herr von Schleicher nun, die Situation für sich zu retten. Aus dunklen Quellen tauchen Gerüchte auf, die davon wissen wollen, daß im Präsidium des Reichs-Landbundes außerordentlich wichtige Entscheidungen herbeiführen, daß die kritischen Organisations des Reichs-Landbundes mit der Geltung des Präsidiums nicht einverstanden sind und daß im Lager des Reichs-Landbundes tiefe Niedergeschlagenheit herrsche.

Wir sind in der Lage, festzustellen, daß alle diese Gerüchte, die von der Presse des Herrn von Schleicher wolkig dreizeigert werden, von A bis Z nicht der Wahrheit entsprechen und lediglich Zweckgerüchte sind, ausgetreut, um die bunte Position des Kabinetts vor Volk und Reichstagen zu befestigen. Das Präsidium des Reichs-Landbundes wird sich mit allen kritischen Organisations, mit all den Millionen deutscher

Bauern in einem gerechten Kampf für die Erhaltung des deutschen Bauernrats, für die Verteidigung der deutschen Seele.

Herr von Schleicher wird sicherlich Gelegenheiten haben, sich in Kräfte von dieser Geschlossenheit der Bauernfront zu überzeugen, die Beweise ihrer Geschlossenheit erbringen wird, wie sie Herr von Schleicher sicherlich nicht erwartet haben dürfte.

Wenn gewisse Kreise der deutschen Industrie sich dabei als Bundesgenossen des Herrn von Schleicher betätigen, dann ist das nur erfreulich, weil dadurch die Solidarität zwischen Arbeit und dem internationalen Bank- und Kapitalmarkt offen zugegeben wird.

Herr von Schleicher soll sich keinen Illusionen hingeben und nicht glauben, daß er durch eine Ausschaltung des Reichs-Landbundes den Kampf des deutschen Bauernrats um sein Recht einengen kann. Herr von Schleicher hat mit seinem Verhalten in den letzten Tagen mehr denn je bewiesen, daß er unfähig ist, die Lebensfragen des deutschen Volkes zu lösen.

Bar aller Welt erwies sich die Wahrheit der Tatsache, daß ein Mann, der unter der Erde im Dunkel prächtige Arbeit leistet, prächtige Gänge wühlen und prächtige Refel anlegen kann, daß er aber dann, wenn er an das Licht der Sonne gerät wird, von dem Glanz geblendet, unfähig ist, irgendeine Arbeit zu leisten!

Die Verhöhnung des Bauern durch die SPD.

Der galizische „Vorwärts“ begleitet die Aktion des Reichs-Landbundes in seiner letzten Ausgabe mit folgender Verhöhnung der Not der deutschen Landwirtschaft:

„Wir hätte es für möglich gehalten, daß Agrarier in Deutschland jemals zu lauter Schreien könnten — sogar für Herrn von Hindenburg und die Regierung Schleicher, sogar für den Reichspräsidenten von Braun zu laut? Sie haben wie immer das Recht verlost: Sie schreien, schreien! — und je mehr sie auf Kosten des Volkes erhalten haben, um so lauter haben sie geschrien!“

Am lautesten war immer ihr Geschrei, wenn eine Regierung vor ihnen auf dem Baude ruftete! Die Herren, die jetzt in der Regierung sitzen, wurden das auch, und es ist wohl der eine oder der andere dabei, der das selbst einmal mitgemacht hat!“

Das mag das Zentralorgan der Partei über die merkwürdige Not des Bauern zu schreiben, um dessen Stimmen sie jetzt noch in Sippe haushieren geht.

Der Chef des amerikanischen Heeres fordert Aufrüstung

Ueber die starken innerpolitischen Gegensätze hinaus gibt es in Deutschland in bestimmten Kreisen unserer Außenpolitik eine geschlossene Meinung, wie wir sie seit den Tagen des Völkereinkommens noch nicht wieder erlebt haben. Wir denken da von allem an die Grenzlandfrage und die der Abrüstung. Während Deutschland seinen ihm durch das Versailler Diktat auferlegten Abrüstungspflichten rigoros nachgekommen ist, verweigern die Siegerstaaten, gebet durch juristische Pfiffligkeiten, die in der realpolitischen Wirklichkeit nichts weiter als Rechtsbeugung sind, die von ihnen hiernommenen Verpflichtungen, gleichfalls abzuführen.

In dem Jahr von 1. Juli 1931 bis 30. Juni 1932, der fiktionalen erschienen ist, wird die Stärke der aktiven amerikanischen Arme als unter dem Gefährtenpunkt liegend bezeichnet. Das Aufflackern der Gegensätze in Ostasien hat in Amerika, wie geschrieben wird, und das zu einer Zeit, in der der angeklügelte Umbau der deutschen Wehrmacht für den Fall der Nichtabwicklung der Siegermächte als Beginn eines Weltkriegs verstanden wird.

Am Gegenstand, fest in den Siegerstaaten wird heute klar die Forderung nach einer Aufrüstungsvormehrung vertreten.

einen durch die ganze Nation gebenden Widerstand gegen eine erneute Verabfolgung der amerikanischen Heeresstärke hervorzurufen. Man sieht also, daß selbst das militärisch starke Amerika an ein Weitergreifen der politischen Vermittlungen glaubt, und sich trotz ausgeübten militärischen Ausübungen, die der Gefahr und Dröhnen in militärischen Verbänden guttätig wird, für einen eventuellen Krieg mit Japan — nur das kommt in Frage — nicht stark genug fühlt. General Mac Arthur erhebt deshalb die Forderung, bei besseren Zeiten das Heer um 2000 Offiziere und 38 000 Unteroffiziere und Mannschaften zu erhöhen.

In den letzten Jahren, so erklärt er, hätten die Ausgaben für das Heer nur sechs bis sieben Prozent der Gesamtausgaben betragen. Der neue Haushaltsvoranschlag für 1933/34, der den Preis um 38 Millionen Dollar herabsetzt, sei, stelle nach seiner Meinung nur einen Vorbehalt dar und dürfe unter keinen Umständen ein Dauerzustand bleiben.

Es wird auch aus interessieren, in welcher Art der Chef des amerikanischen Generalstabes sich seine Aufrüstung, die auf Sicht angelegt ist, denkt. So fordert er eine Reform der Offiziersausbildung und der Offiziersausstattung aller Ausbildungsmöglichkeiten, jedoch die Reformen. In der Mechanisierung komme nur die Entwicklung von Muster-Systemen in Frage, neben der Vorbereitung für deren Massenherstellung im Vorkriegsstand gesoll.

Unter Verhöhnung auf namhafte englische Stimmen wird eine Reorganisation der Verwaltung gefordert. Mit ausführender Begründung lehnt er die Verkleinerung der oberen Behörden zu einem Verteidigungsministerium und die Vereinfachung der Zustände ab.

Am Schluß seines Berichtes sagt General Mac Arthur seine Wünsche für den notwendigen Stand des amerikanischen Heeres nochmals kurz zusammen und fordert:

1. Für die Gegenwart: Daß keine Verkleinerung und keine Verschärfung des aktiven Heeres und der Marine eintritt; daß die Munitionsherstellung in höherem Umfang beibehalten werde; und daß die Verbesserung der Offiziere so weit verbessert werde, daß jeder Offizier mit 50 bis 62 Jahren Dienstalter erreicht.
2. Für die Zukunft: Sobald wieder mehr Mittel zur Verfügung stehen, stellt er als Mindestforderung auf: Eine Verbesserung der Ausbildung; eine Verstärkung des aktiven Heeres auf 14 000 Offiziere und 165 000 Unteroffiziere und Mannschaften; eine Verbesserung der Ausbildung des Reserve-Offiziers; und ferner eine Sonderbeibehaltung von neuzeitlichen Spezialtruppen, insbesondere von Flugabwehrgeräten für das aktive Heer und die Nationalgarde.

Diese Forderungen auf Aufrüstung durch die militärische Zeitung der stark gerüsteten, an sich geographisch fast unangreifbaren Vereinigten Staaten beweist wieder einmal, wie notwendig es ist, daß in dem abgerüsteten, durch seine Grenzlosigkeit höchst gefährdeten und von schwer bewaffneten Nachbarn umgebenen Deutschland die Forderung der Aufrüstung der Eigenkräfte, zu der die Welt nach dem Versailler Vertrag gleichfalls verpflichtet sind, aber aus zu einer entsprechenden Aufrüstung unseres eigenen Heeres, nicht verhallt. Dr. Storz.

Die Treppe hinaufzufallen

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 13. Jan. Wie wir erfahren, wird der als Personalreferent im Kreuzischen Innenministerium tätige Zentrumsmann Klausener schon in allerhöchster Zeit in ein Reichsministerium berufen werden. Nachfolger Klauseners als Personalreferent im Kreuzischen Innenministerium soll Ministerialdirektor Loers werden.

Nationalsozialisten zum ersten Mal in der Münchener Handelskammer

München, den 13. Jan. (Eigene Meldung.) Am Dienstag fanden die Wahlen zur Industrie- und Handelskammer München statt. Es erhielten vier besonders Gespräche darüber, daß sich der Nationalsozialistische Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes zum ersten Male mit einem Wahlvorschlagn an der Wahl beteiligte. Von den 20 in München zur Industrie- und Handelskammer gewählten Kandidaten sind in der Gruppe „Gewerbliche“ 2, in der Gruppe „Industrie“ 4 und in der Gruppe „Einzelhandel“ ebenfalls 2, insgesamt also 8 nationalsozialistische Kandidaten gewählt worden. Damit werden zum erstenmal Nationalsozialisten in die Industrie- und Handelskammer Münchens eingehen. Der Erfolg der nationalsozialistischen Liste ist um so stärker zu bewerten, als allein die Beteiligung des Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand eine Steigerung der Wahlbeteiligung um rund 10 v. H. erst im ersten Wahlgang 40 v. H. aller Stimmen auf sich vereinigen konnte.



Die Pressehefte

Wilde Angst vor Adolf Hitler

Die Subpresse Berlins und der Provinz... Die Subpresse Berlins und der Provinz... Die Subpresse Berlins und der Provinz...

Reichsgründungsfeier der Regierung

Berlin, 12. Jan. Am Reichsgründungs... Berlin, 12. Jan. Am Reichsgründungs...

Amerikanisch-japanischer Zwischenfall in Schanhai

Washington, 12. Jan. Beim Staatsdepartement... Washington, 12. Jan. Beim Staatsdepartement...

Kleine Politik vom Balkan

Rücktritt der rumänischen Regierung... Bukarest, 12. Jan. Ministerpräsident Maniu...

Neuer Revolueranschlag in Sofia... Sofia, 12. Jan. Unbekannte Attentäter überfielen...

Das bulgarische Amnestiegesetz angenommen

Sofia, 12. Jan. Das Gesetz über die politische Amnestie in Bulgarien wurde am Donnerstag...

Auch in Griechenland Kijeff's

Berlin, 13. Jan. Die griechische Regierung hat nach einer Meldung Berliner Blätter...

Ein Konzil der Justiz!

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 13. Jan. Der Preussische Richterverein... Berlin, 13. Jan. Der Preussische Richterverein... Berlin, 13. Jan. Der Preussische Richterverein...



Auscheidende Reichswehrkommandeure... Generalmajor von Bienenroff, Generalleutnant Hoffmann-Lettebush, Generalmajor Döpp.

Hummel zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Freiburg, 13. Jan. Bei ungenauem Publikumsdruck... Freiburg, 13. Jan. Bei ungenauem Publikumsdruck...

Daumman erklärte u. a., daß ihm völlig erschiessen... Daumman erklärte u. a., daß ihm völlig erschiessen...

Der frühere Batallionskommandeur Major a. D. Bumiller gab an... Der frühere Batallionskommandeur Major a. D. Bumiller gab an...

Wegen 2 Uhr verhandelte der Vorberichterfolgten Urteil... Wegen 2 Uhr verhandelte der Vorberichterfolgten Urteil...

Wegen 2 Uhr verhandelte der Vorberichterfolgten Urteil... Wegen 2 Uhr verhandelte der Vorberichterfolgten Urteil...

Neues englisches Reiseflugzeug ins Meer gestürzt

London, 13. Jan. Ein mit zehn Mann besetztes neues... London, 13. Jan. Ein mit zehn Mann besetztes neues...

Die Unterjagung des Brandes auf der Atlantique

Paris, 1. Jan. Der Ausschuss der mit der Unterjagung... Paris, 1. Jan. Der Ausschuss der mit der Unterjagung...

Schwere Stürme über Südkalifornien

Newport, 13. Jan. Südkalifornien wurde ungewöhnlich... Newport, 13. Jan. Südkalifornien wurde ungewöhnlich...

Schweres Erdbeben in Mexiko

Mexiko, 13. Jan. Ein schweres Erdbeben ereignete sich... Mexiko, 13. Jan. Ein schweres Erdbeben ereignete sich...

Begrüßung der „Ruhr“ Besatzung im Hamburger Hafen

Hamburg, 13. Jan. Am Vorabend des am Donnerstag... Hamburg, 13. Jan. Am Vorabend des am Donnerstag...

Hier auf Welle ...

- Sonntabend, 14. Januar... 6.15: Bonnstadt, 6.30: Wetter, 6.45: 8.00: Berlinfunk, 8.45: Wetter, 9.00: Wetter, 9.15: Wetter...

DIE BETRIEBSZELLE

Ausspracheabend der SA.

Die deutsche Arbeiterchaft und die KPD.

Von Alfred Straßburg.

Die SA. ist die politische Kampftruppe der proletarischen Revolution. In ihr gibt es keinen Kampf und keinen Widerstand, in ihr sind die Aufgaben aufgehoben. Daher ist die SA. vor allem der Gedanke der wütenden Revolution, die den Gedanken der wütenden Revolution in alle Kreise hineintragend. Die SA. ist die politische Kampftruppe der proletarischen Revolution. In ihr gibt es keinen Kampf und keinen Widerstand, in ihr sind die Aufgaben aufgehoben. Daher ist die SA. vor allem der Gedanke der wütenden Revolution, die den Gedanken der wütenden Revolution in alle Kreise hineintragend.

Die SA. ist die politische Kampftruppe der proletarischen Revolution. In ihr gibt es keinen Kampf und keinen Widerstand, in ihr sind die Aufgaben aufgehoben. Daher ist die SA. vor allem der Gedanke der wütenden Revolution, die den Gedanken der wütenden Revolution in alle Kreise hineintragend.

Die SA. ist die politische Kampftruppe der proletarischen Revolution. In ihr gibt es keinen Kampf und keinen Widerstand, in ihr sind die Aufgaben aufgehoben. Daher ist die SA. vor allem der Gedanke der wütenden Revolution, die den Gedanken der wütenden Revolution in alle Kreise hineintragend.

Die kommunistische Führung ist wenigstens so wahrheitsförmig als das proletarische Vaterland zu bezeichnen. Fürwahr, was gibt es auch so viel Proletariat, also Ausgebente und Unterdrückte wie in Sowjet-Rußland, den russischen Filialen der jüdischen Internationalen Hochfinanz? Muß doch hier der Arbeiter auf einen Teil seiner Löhne verzichten, da die imperialistischen Fünfjahrespläne zur Durchführung zu bringen.

Und dieses System der Ausbeutung und Unterdrückung will die KPD. im Interesse der Weltfinanz auf Deutschland übertragen! Deutsche Arbeiter müßt ihr das? Müßt ihr unter dem Zeichen des Sowjetrenes für die Weltrepublik der jüdischen Weltfinanz kämpfen, für den Sowjetstaat der Ausbeutung und Unterdrückung? Nein, das müßt ihr nicht.

Die deutsche Arbeiterchaft weiß, daß die nationale und soziale Befreiung nicht erlangt werden kann, wenn an Stelle des nationalden, d. h. des an Raum und Boden gebundenen Industrieskapitalismus, d. h. der herwursellose Börsenkapitalismus. Die KPD. verteidigt den proletarischen Internationalismus, d. h. das System der internationalen Ausbeutung, verteidigt die Sowjetmacht, d. h. den in Rußland total verwirklichtem unerschöpflichen Bolschewismus.

Weil aber die deutsche Arbeiterchaft frei sein will, weil sie den deutschen Arbeiterchaft aus eigener Kraft formen und gestalten will, darum kämpft sie im Zeichen des roten Kreuzes für den völkischen Nationalismus. Daher nieder mit Moskau! Nieder mit dem proletarischen Internationalismus! Nieder mit der KPD.!

Es lebe das deutsche Arbeiterium!

Was weißt Du vom Arbeitsrecht und der Sozialversicherung?

Zeit einem Menschenalter kämpft die deutsche Arbeiterchaft um ihre Rechte. In den Gewerkschaften läuft sie sich Organisationen, um ihr sozialistisches Wollen durchzusetzen. Dem Marxismus gelang es, viele Verbände für seine völkfeindlichen Ziele einzuparieren und sie zu einer politischen Kampfruppe des Klassenkampfes zu machen. Das Ergebnis ist heute, daß noch kein (oder gerade beizugehen) Folge des Marxismus im November 1918 die deutsche Arbeiterchaft redloser denn je ist. Wegen ihres politischen Kurzes können „freie“ und „christliche“ Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterchaft einfach nicht mehr wahrnehmen. Sie sind nach allen möglichen Seiten hin gebunden.

Bei der völligen Rechtlosigkeit, in die der deutsche Arbeiter und Angestellte durch den Verort seiner falschen „Richter“ geraten ist, hat es der Nationalsozialismus für seine selbstverständliche Pflicht erachtet, ihm im Kampfe um seine Lebensrechte beizustehen. Der Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation sieht ihre Aufgabe in der Erhöhung der Rechte für Volk, Gehilfen, Arbeiter, in der Preisermäßigung des deutschen Arbeiteriums vom marxistischen Klassenkampfgebanen, gleichzeitiger aber auch darin, ihm bei dem völligen Versagen der Gewerkschaften oder Parteien bei sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen zur Seite zu stehen.

Zur Schaffung der NSD.-Arbeitsrat, aber auch eines jeden im Betriebe stehenden Parteigenossen, Arbeiter oder Angestelltenrat, hat die Hauptabteilung VI (Betriebszellen) der Reichsorganisationsleitung einen Leitfaden für Arbeitsrecht und Sozialversicherung herausgegeben. Gedächtnis und Wissenschaft der Sozialversicherung, das Arbeitsrecht, der Betriebskassen und das Betriebskassenrecht sind die Gebiete, die in diesem Leitfaden in allen ihren Zweigen in nationalsozialistischem Sinne behandelt werden. Gedächtnis, derzeitiger Stand und notwendiger Ausbau und Ausbau eines jeden Partises werden gründlich erläutert. Zahlreiche Formularemuster und Schaubilder werden dem Leser an die Hand gegeben. Der Leitfaden umfasst 22 Seiten und kostet nur 80 Pf. Er ist zu beziehen durch die Hauptabteilung VI (Betriebszellen) der Reichsorganisationsleitung, München, gegen Wert befreit. 22. Bestand erfolgt nur gegen Vorkaufsendung des Betrages, Verteilung auf Parteifunktionsleiter. Postfachnummer: Reichsbild Mücheln, München, Nr. 48.783 genügt. Diesen Leitfaden ist in Anbetracht seiner geringen Bedeutung und des wirklich niedrigen Preises der keine Veranschlagung werden erachtet, weiteste Verbreitung zu wünschen.

Der Kurs der Angestellten-Gewerkschaften für die kaufmännischen Angestellten

Rechtens der im ersten Anlauf in Folge 17 des „Arbeiter“ erworbenen Forderungen für die kaufmännischen Angestellten können angestrichelt nach als nationalsozialistische Forderungen für andere Angestellte betrachtet werden, was hier nur der Vollständigkeit wegen bemerkt werden soll, da es sich ja von selbst versteht.

Wenn wir uns daher nachgehend mit dem bekannten „Doppelverdienersystem“ beschäftigen, soll nicht nur auf die Auswirkung dieses Systems gegen die kaufmännischen Angestellten allein sondern gegen alle Angestellten nachdrücklich hingewiesen werden und auf weitere Forderungen nach Vereinfachung dieses Systems und der Schwarzarbeit im Angestelltenberuf aufmerksam gemacht werden.

Das Thema Doppelverdiener stellt seit Jahren bei jeder Diskussion über die Not der Angestellten an erster Stelle. Ungehört groß ist die Erörterung in Angestelltenkreisen über diese ible Erscheinung der Nachkriegszeit, und jede Organisation, die wirklich ehrlich auch für die Angestellten kämpfen will, muß sich mit diesen Dingen beschäftigen.

Dabei muß gleich vorweg gesagt werden, daß verschiedene Berufsorganisationen von der Angestellten, die in ihrer Propaganda nie genug Worte der Verurteilung des Doppelverdieners-Systems finden können, durch ihre Gebundenheit an in der Regierung befindliche Parteien und durch ihre Verbundenheit mit diesen Parteien das Unmögliche schon längst hätten betreiben können, wenn sie ehrlich den Willen dazu gehabt hätten und wenn sie nicht die Parteipolitik über die Vertretung berufshandlicher Belange gestellt hätten.

Aber das ist ja die triste Tragik vieler wirtschaftlich organisierter Angellisten und Arbeiter, daß ihre Gewerkschaften nach verhängnisvollen Anfängen schließlich mehr und mehr nur noch „Leereschalen“ politischer Parteien geworden sind. Ja, die politischen Parteien gingen, als sie ihren Kampf um die Führung mancher Gewerkschaften als auszuscheiden betrachteten, dazu über, sich aus Gewerkschaften zu bilden, die dann voll und ganz im Jahre 1920 der Parteipolitik folgten. Und leider fanden sich Millionen Arbeiter, die aufsehender nur darauf gewartet hatten, auch ihren Idealismus von Demagogen ausbeuten zu lassen. Wenn einmal mit den Ausbeuten menschlicher Arbeitskraft abgerechnet wird, dann soll man nicht verpassen, auch mit den politischen Ausbeutern der Identität

Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms gefordert

Berlin, 12. Jan. Der Gesamtverband des Verbandes der preussischen Landgemeinden, der am 12. Januar unter Vorsitz von Bürgermeister Lange, Westphalen, tagte, faßte einstimmig eine Entschließung, in der es heißt:

„Der Gesamtverband des Verbandes der preussischen Landgemeinden begrüßt es dankbar, daß die vor einer Reihe von Monaten gestellten Forderungen der Landgemeinden nach einem öffentlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm und Einsetzung eines Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung nunmehr erfüllt worden sind.“

Die Landgemeinden müssen jedoch fordern, daß das Sofortprogramm baldigt in ein umfangreicheres, für einen längeren Zeitraum reichendes Arbeitsbeschaffungsprogramm ausgebaut und die hierzu erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Des weitern müssen die Landgemeinden verlangen, daß angehört der in der Öffentlichkeit genügend bekanntem Finanznot der Gemeinden die Anleihen nicht nur bei dem Sofortprogramm sinlos gemacht werden, sondern daß darüber hinaus der Arbeitsbeschaffungsprogram auf einen zeitgemäßen Maß gesenkt wird.“

Zur Wahrung dieser Finanznot ist ferner erforderlich, daß endlich gemäß den längst geforderten Anträgen des Deutschen Landgemeindenverbandes und des Verbandes der preussischen Landgemeinden die Erwerbslosenfürsorge umgestaltet und die Kosten auf die breiteren Schultern des Reiches übernommen werden.

Sprechstunden für arbeitsrechtliche Fragen jeden Freitag von 18-19 Uhr, Heilenstraße 5, Gew.-Betriebszellen-Abteilung.

Mitteldeutsche Nationalzeitung

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang Die „Mitteldeutsche Nationalzeitung“ erscheint täglich (außer Sonntags) mit wöchentlich „Wochenblatt u. Welt“ — Erparnispreise bei Bestellung infolge des Verfalls. Stillsch. od. Verbot können nicht befristet werden. Freitag, 13. Januar 1933 Verlag, Schriftleitung, Abonnements- und Einzelpreise usw. in den Adressen, Fernruf siehe Seite 6 unter dem Anrufnum. — Unangeforderte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt. Nummer 11

Umbildung der Reichsregierung? Reichstagsauflösung als Druckmittel vorgesehen

Schleicher will seinen Laden renovieren

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 13. Jan. Die außerordentliche Zuspitzung der innerpolitischen Lage dürfte selbst einem Mann, wie Herrn von Schleicher, der sich sonst immer für unüberwindlich hält, verriet haben, daß seine Position alles andere als gefestigt ist. Herr von Schleicher ist aber weit davon entfernt, einzusehen, daß die einzige Möglichkeit zur Beseitigung der schweren deutschen Krise in seinem Rücktritt und endgültigen Verschwinden von der politischen Bildfläche und von dem Namen hinter der politischen Bildfläche ist.

Aus Kreisen, die Herrn von Schleicher außerordentlich nahe stehen, erfährt man, daß Herr von Schleicher glaubt, durch eine sog. Umbildung seines Kabinetts seine Machtposition erhalten zu können.

Bei klarer Erkenntnis der gegebenen Tatsachen sollte Herr von Schleicher allerdings einsehen, daß solche Maßnahmen in der heutigen Zeit nicht mehr durchführbar sind. Das augenblickliche Kabinett ist doch schon einmal umgestaltet und dieses Kabinett hat doch gerade den Beweis erbracht, daß durch Umbildung, also äußere Veränderung eines Kabinetts bei gleichbleibender politischer Tendenz dem Verhängnis nicht zu begegnen ist.

Diese Herrn von Schleicher nahestehenden Kreise wollen nun über die Pläne ihres

Kapitalismus gegen Nährstand

Eine Erklärung des „Reichsverbandes der deutschen Industrie“

Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ hofft, aus dem Konflikt zwischen Reichslandbund und Reichsregierung anscheinend einigen Nutzen zu ziehen. In einer Kundgebung, die er am 12. Januar der Öffentlichkeit übergibt, heißt es u. a.:

„Der „Reichsverband der deutschen Industrie“ nimmt mit größter Empörung von den unerhörten auch die Ehre des seiner Verantwortung voll bewußten deutschen Unternehmertums schwer verletzenden Angriffen in der getrigen Entscheidung des Reichsverbandes des Reichslandbundes Kenntnis, in der von der „Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbesitzerinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten“ gesprochen wird. Der Reichsverband lehnt es ab, mit den für diese Erklärung verantwortlichen Personen in eine sachliche Diskussion einzutreten. Er weist derartige wider besseres Wissen erhobene unheimliche Interessen auf das schwerste gefährdete Bestimmungen eines unentbehrlichen Teils der deutschen Wirtschaft auf das schärfste zurück. Und in dieser empfindlichen Weise angegriffenen Industriezweigen gehören gerade diejenigen Industrien — namentlich auch in den Ostlandgebieten Sachsens, Thüringens, des Bergischen Landes und der Grenzgebiete — deren materielle und seelische Not mindestens so groß ist wie in Teilen der Landwirtschaft. Der Leitungs des Reichsverbandes sei gesagt, daß sie auf Grant heißt, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Verletzung auch nur lockern zu können.“

Autoritärer Liberalismus

Dr. Tr. Das politische Leben Deutschlands im Jahre 1932 war gekennzeichnet durch die Verdrängung der liberalistischen Spielregeln, d. h. durch die Verletzung des Parlamentarismus. Man entwickelte die Lehre vom autoritären Staat, versuchte sie in die Praxis umzusetzen, ohne daß man sich allerdings bewußt wurde, daß auch eine autoritäre Regierungsform nicht allein auf den neutralen Gewalten des Staates, d. h. vor allem auf den Majoretten der Armee ruhen dürfe. So blieb, da die politische Praxis fehlte, zwar ein ungewisses Pendeln parlamentarischer und autoritärer Regierungsgestaltung; immerhin zeigte sich aber ein unmerklicher Zug zur Ausschaltung des Parlamentarismus. Damit hatte der politische Liberalismus seinen Todesstoß bekommen. Demgegenüber blieb das wirtschaftliche Leben befreit von den rein liberalistischen Gedankengängen der Vergangenheit. Da man nun den eigentlichen Markt für den Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen, nämlich das Parlament, weitgehend ausgeschaltet hatte, gelangte man zu einer „autoritären“ Durchführung der liberalistischen Grundsätze. In diesem inneren Widerspruch mußte Brüning scheitern und Herr von Papen zugrunde gehen, an ihm krachte nun auch das Kabinett von Schleicher.

Die Übernahme der entscheidenden Ministerien aus dem Kabinett des Freundes gewährleistet die Fortsetzung einer Politik, die in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Triumphe feiern durfte, die aber unter den heutigen Umständen zu einer Katastrophe führen muß. Herr von Schleicher verstand es zu gut, durch seine Vorkundungen alle klagenden Wirtschaftskreise mit dem Hinweis auf die ernsthaften Beratungen des Kabinetts zu verdrängen. Da nun aber die Lage des bedeutendsten Wirtschaftszweiges neben der Industrie, nämlich der Landwirtschaft, sich rapide verschlechterte. Gut auf Gut unter den Hammer kam, Markt auf Markt von einem unerhörten Preisverfall zerrüttet wurde, konnte man ohne Schwierigkeit den Hinweis voraussetzen, an dem es zu einem Konflikt der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen mit der Reichsregierung kommen müßte. Die sich in den letzten Wochen häufenden Notrufe hätten die Reichsregierung wohl veranlassen müssen, einmal klar und deutlich ihre agrarpolitischen Ziele zu veröffentlichen. Dies ist nicht geschehen.

Notverordnung steht bevor!

Berlin, 12. Jan. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichskanzler und den Reichsminister der Justiz zum Vortrag. Gegenstand des Vortrages dürfte die Verdrängung über den Vollstreckungsschutz gewesen sein. Dazu will die Telegraphen-Linien wissen, daß eine neue Sitzung des Reichstages für nächsten Montag vorgesehen ist, in der die Notverordnung über den Vollstreckungsschutz verabschiedet werden wird. Die Notverordnung dürfte am Dienstag oder Mittwoch veröffentlicht werden.

Notverordnungssystem auch in Frankreich?

Spars- und Steuerpläne des französischen Kabinetts

Die Presse hat bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß auch das im Golde schwimmende Frankreich allmählich die Folgen seiner Reparationspolitik zu spüren bekommt. Um vor allen Dingen sein imperialistisches Programm künftighin weiter aufrecht erhalten zu können, plant daher, wie aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, die französische Regierung eine Reihe von Sparmaßnahmen, durch die man den französischen Staatshaushalt um rund 10 Milliarden Franken günstiger zu gestalten hofft. Die Maßnahmen, die, Zeitungsnotizen zufolge, einem Pläne des französischen Finanzministers Léonard entsprechen, sehen vor allen Dingen:

Abschreibe an den Gehältern der Staatsbeamten, vorläufige Sperre der Laufbahn der Staatsbeamten für Anwärter, Diätenkürzung der Abgeordneten, Einparung der Renten für Kriegervitwen sowie eine Reihe neuer Bälle und neuer Steuern vor. Da zu befürchten steht, daß namentlich die französischen Sozialisten einem solchen Plan die größten Schwierigkeiten in der Kammer entgegenstellen werden, soll man sich — nach einer Meldung der „Deutschen Zeitung“ — mit dem Gedanken beschäftigen, den Plan durch eine Manifestvollmacht des Kabinetts durchzuführen.

Mit anderen Worten: Frankreich hat von seinem freundlichen Nachbar Dr. Brüning das System der Notverordnungen gut abgequodet. Wir wünschen darum der französischen Regierung auch das gleiche Glück, das daraus der Regierung Brüning erblich.

Nur wenige Tage Landtag

Berlin, 13. Jan. Wie wir erfahren, dürfte die am Dienstag kommender Woche beginnende Sitzungsperiode des Preussischen Landtages nur bis Freitag dauern. Man rechnet dann in parlamentarischen Kreisen mit einer erneuten Vertagung des Parlamentes bis Mitte Februar.

Das Echo im Auslande

Paris, 12. Jan. Im Gegensatz zu der von gewissen französischen Blättern vertretenen Auffassung, daß die Erneuerung deutscher Militärattaches in die Hauptstädte europäischer Länder und dem Vertrag von Versailles angeblich im Widerspruch ständen, wird an zutreffender französischer Stelle erklärt, daß nach dem Versailler Vertrag eine Entsendung von deutschen Militärattaches wohl möglich sei.

Notverordnung steht bevor!

Berlin, 12. Jan. Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichskanzler und den Reichsminister der Justiz zum Vortrag. Gegenstand des Vortrages dürfte die Verdrängung über den Vollstreckungsschutz gewesen sein. Dazu will die Telegraphen-Linien wissen, daß eine neue Sitzung des Reichstages für nächsten Montag vorgesehen ist, in der die Notverordnung über den Vollstreckungsschutz verabschiedet werden wird. Die Notverordnung dürfte am Dienstag oder Mittwoch veröffentlicht werden.

Die Übernahme der entscheidenden Ministerien aus dem Kabinett des Freundes gewährleistet die Fortsetzung einer Politik, die in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts ihre Triumphe feiern durfte, die aber unter den heutigen Umständen zu einer Katastrophe führen muß. Herr von Schleicher verstand es zu gut, durch seine Vorkundungen alle klagenden Wirtschaftskreise mit dem Hinweis auf die ernsthaften Beratungen des Kabinetts zu verdrängen. Da nun aber die Lage des bedeutendsten Wirtschaftszweiges neben der Industrie, nämlich der Landwirtschaft, sich rapide verschlechterte. Gut auf Gut unter den Hammer kam, Markt auf Markt von einem unerhörten Preisverfall zerrüttet wurde, konnte man ohne Schwierigkeit den Hinweis voraussetzen, an dem es zu einem Konflikt der landwirtschaftlichen Berufsvertretungen mit der Reichsregierung kommen müßte. Die sich in den letzten Wochen häufenden Notrufe hätten die Reichsregierung wohl veranlassen müssen, einmal klar und deutlich ihre agrarpolitischen Ziele zu veröffentlichen. Dies ist nicht geschehen.

So sah sich denn der Reichs-Landbund gezwungen, nach Überwindung der Widerstände, einer gewissen Ministerialbürokratie einen Vortrag beim Reichspräsidenten zu erzwingen. Die tiefe Verengung, mit der Hindenburg die Erklärungen der Reichs-Landbundesvertreter entgegengenommen hat und die Anberaumung einer zweiten Verhandlung am gleichen Tage unter Hinzuziehung der verantwortlichen Minister bringen zum Ausdruck, daß Herr von Hindenburg über die wahre Sachlage nicht unternommen hat. Man hätte annehmen dürfen, daß das Reichspräsident, nachdem seine Stellung bereits stark erschüttert worden war, alles daran gesetzt hätte, einen Konflikt mit dem deutschen Volk zu vermeiden. Aber mit derselben Eleganz, mit der einst Herr von Papen seine Sukzessionsunternehmungen, hat Herr von Schleicher die breite Agrar-



weitere Mangelhaftigkeit des Herrn von Schleicher für Deutschland verhängnisvoll. Beim Zusammenritt des Reichstages wird sich die Situation vielleicht schon so geändert haben, daß es schon dann kein Kabinett von Schleicher mehr gibt.

Von dem Reichspräsidenten aber erwarten wir, daß er, erneut vor eine schicksalsschwere Entscheidung gestellt, die Entscheidung treffen wird, die er im Interesse Deutschlands schon längst hätte fassen müssen.